



Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Berens	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Opitz	Amt für Verkehr
Herr Hardieck	Stab Dezernat 4
Frau Stude	Büro des Rates
Frau Grewel (Schriftführung)	Büro des Rates

Gäste:

Herr Knabenreich	Bielefeld Marketing
Frau Fischer	Bielefeld Marketing Team
	Wissenschaftsbüro
Herr Fusarelli	Bielefeld Marketing Team
	Wissenschaftsbüro

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses fest. Zu Tagesordnungspunkt 7 sei ein Änderungsantrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Gruppe Bürgernähe Piraten als Tischvorlage verteilt worden. Des Weiteren seien zum Tagesordnungspunkt 22, Vorlage 4824/2014-2020, zusätzlich zwei Ergänzungen als Tischvorlage verteilt worden.

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass signalisiert worden sei, die Haushaltsberatungen ab Tagesordnungspunkt 14 als erste Lesung zu beraten. Er fragt, ob vor diesem Hintergrund die weitere Anwesenheit der zuständigen Amtsleitungen zur Beantwortung fachlicher Fragen gewünscht werde.

Herr Helling (CDU) erklärt für seine Fraktion, keine Fragen zu den Einzelansätzen zu haben. Zu einzelnen Vorlagen wolle seine Fraktion Stellungnahmen abgeben, dies jedoch nicht im Rahmen einer ersten Lesung.

Frau Becker (BfB) erklärt, eine Fragestellung zur Zusammenlegung des Amtes für Demografie und Statistik mit dem Presseamt schriftlich einreichen zu wollen.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass für die nächste Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 06.07.2017 die finale Beratung der Haushalts- und Stellenplanentwürfe vorgesehen sei. Alle noch anfallenden Fragen könnten schriftlich bis eine Woche vor der Sitzung eingereicht werden.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) bemängelt die fehlenden „Ist-Zahlen“ in den Vorlagen. Eine Bewertung einzig an Hand der „Soll-Zahlen“ vergangener Jahre sei schwierig. Sie fragt, warum dies so sei und ob es Änderungsmöglichkeiten gebe.

Frau Schmidt (Die Linke) weist auf den soeben als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag ihrer Fraktion zum Tagesordnungspunkt 25 hin.

---

**Zu Punkt 1**

**Genehmigung der öffentlichen Teile der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und**

**Beteiligungsausschusses am 16.03.2017 und 27.04.2017**

**Zu Punkt 1.1 Niederschrift über die 25. Sitzung am 16.03.2017**

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 25. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 1.2 Niederschrift über die 26. Sitzung am 27.04.2017**

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 26. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2 Es liegen keine Mitteilungen vor**

---

**Zu Punkt 3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.1 Häufigkeit von Kontrollen am Haupteingang der U-Bahnstation Hauptbahnhof („Tüte“) durch die Polizei bzw. das Ordnungsamt (Anfrage der FDP vom 16.05.2017)**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 4862/2014-2020

Frau Erste Beigeordnete Ritschel teilt mit, dass lediglich im Monat April eine Besonderheit mit 19 polizeiliche Maßnahmen zu verzeichnen gewesen sei. Im Vergleich zu den Zahlen der Vorjahre seien jedoch keine signifikanten Veränderungen festzustellen. Dies habe auch die Polizei auf Nachfrage mitgeteilt. Darüber hinaus verweise die Polizei auf den ausführlichen Bericht der Polizeipräsidentin in der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 16.03.2017.

Angestrebt werde im Rahmen des Projektes „Quartiersaktiv in Bielefeld“ eine Erhöhung der ordnungsamtlichen Präsenz und damit verbunden ein Anstieg der Streifengänge. Diese erhöhte Kontrolldichte bedinge jedoch nicht zwingend eine größere Anzahl festgestellter Delikte, sondern diene der Prävention.

*Der Text der Antwort ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.*

Frau Wahl-Schwentker (FDP) bemängelt, dass nur die polizeilichen Maßnahmen benannt worden seien und fragt, welche Kontrollen durch das Ordnungsamt erfolgt seien. Hier könne direkt Einfluss genommen werden und dies sei aus Sicht ihrer Gruppe auch wünschenswert.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel erläutert, dass es sich bei den Zahlen um die vom Ordnungsamt geführte Statistik handele. In der Regel seien dies die Streifengänge der Stadtwache, jeweils besetzt mit Polizei und Ordnungsamt. Im April seien vier Verstöße gegen das Betäubungs-mittelgesetz dokumentiert worden. Dies werde in der alleinigen Zuständigkeit der Polizei weiter bearbeitet. Die Streifengänge an der „Tüte“ würden in der Regel von der Stadtwache durchgeführt, also in Kombination von Ordnungsamt und Polizei.

Frau Becker (BfB) erinnert an die Zielsetzung, die Situation an der „Tüte“ zu entschärfen. Andere Städte hätten dazu ein Alkoholverbot erlassen, auch Herford plane dies aktuell. Damit wolle man die Treffpunkte entschärfen, in der Absicht, sie so zu verlagern oder ganz aufzulösen. Ihre Fraktion werde dazu eine Anfrage mit Prüfauftrag an die Verwaltung formulieren.

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass die Möglichkeit eines Alkoholverbotes in der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 16.03.2017 ausführlich erläutert worden sei. Sowohl die Rechtsprechung als auch die Empfehlungen des Städtetages lehnen dies als rechtswidrig ab. Seitens der Verwaltung werde es daher keine derartigen Vorschläge geben.

-.-.-

## **Zu Punkt 4**

### **Strategiekonzept Wissenschaftsstadt Bielefeld**

Herr Nettelstroth (CDU) erklärt für seine Fraktion, den gesamten Komplex Wissenschaftsstadt Bielefeld unter Tagesordnungspunkt 4, bedingt durch die nachfolgenden Erläuterungen von Herrn Knabenreich und dem daraus resultierenden Beratungsbedarf in der Fraktion, heute als zweite Lesung behandeln zu wollen.

Herr Oberbürgermeister Clausen fasst zusammen, dass entsprechend der Geschäftsordnung am heutigen Tag nur die fachliche Diskussion und die finale Beratung in der nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 06.07.2017 erfolgen werden.

---

## **Strategiekonzept Wissenschaftsstadt Bielefeld - Handlungsfeld**

### **1.11**

#### Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 4615/2014-2020

Drucksachennummer: 4740/2014-2020 (Antrag der CDU-Fraktion)

Frau Schmidt (Die Linke) äußert sich skeptisch zum Änderungsantrag der CDU. Die Notwendigkeit einer Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 im Vorfeld der Bemühungen um die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sei aus Sicht ihrer Fraktion nicht gegeben.

Herr Nettelstroth (CDU) erläutert, dass der vorliegende Änderungsantrag die Grundlage für das planungsrechtliche Baurecht schaffen solle. Der bestehende Wunsch, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen dort anzusiedeln, sei zwingend an die Bereitstellung geeigneter Gebäude gebunden.

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt ergänzend mit, dass der Verwaltungsvorstand neben den Bebauungsplänen auch die anschließende Ausführungsplanung als Vorbereitung beschlossen habe.

---

## **Strategiekonzept Wissenschaftsstadt Bielefeld - Handlungsfelder 1.10, 1.13**

#### Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 4616/2014-2020

Drucksachennummer: 4741/2014-2020 (Antrag der CDU-Fraktion)

Drucksachennummer: 4950/2014-2020 (Antrag der FDP-Gruppe)

Frau Wahl-Schwentker (FDP) wünscht sowohl die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungszentren wie auch die Schaffung einer medizinischen Fakultät als gleichwertige Prüfaufträge zu betrachten. Beide sollten so von der Verwaltung umgesetzt werden.

Herr Nettelstroth (CDU) wirbt dafür, mit beiden Änderungsanträgen die Voraussetzungen für eine Medizinische Fakultät in Bielefeld zu schaffen.

---

## **Strategiekonzept Wissenschaftsstadt - Handlungsfeld 3.01 (Haus der Wissenschaft)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4619/2014-2020



Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt den Geschäftsführer der Bielefeld Marketing GmbH Herrn Martin Knabenreich sowie Frau Gesa Fischer und Herrn Giovanni Fusarelli vom Team Wissenschaftsbüro.

Herr Knabenreich erklärt, im vorgegebenen Zeitfenster nur Eckpunkte ansprechen zu können und bietet allen Gruppen und Fraktionen individuelle Gespräche zur intensiveren Beratung an. Die anstehende Präsentation sei eine erste Projekt-Ideenskizze als Ergebnis der Vorgespräche mit der Universität Bielefeld und der Fachhochschule Bielefeld. In der Folge solle in Zusammenarbeit mit beiden Einrichtungen ein Betriebskonzept entwickelt werden. In einem „Letter of intent“ sei die Unterstützung in Form von Sach- und Betriebsmitteln sowohl von der Universität Bielefeld wie auch von der Fachhochschule Bielefeld für das „Haus der Wissenschaft“ zugesagt worden. Bestehende wie geplante Konzepte anderer deutscher und europäischer „Häuser der Wissenschaft“ seien im Vorfeld untersucht worden, um positive wie negative Aspekte zu differenzieren. Gleichzeitig sei ein entsprechendes Netzwerk mit anderen „Häusern der Wissenschaft“ gebildet worden. Das „Haus der Wissenschaft“ in Bielefeld werde kein reines Schaufenster der Hochschulen sein, sondern eine Schnittstelle zwischen Stadtgesellschaft und Wissenschaft. Ein Ort, um aktuelle Entwicklungen aufzunehmen und zu vertiefen sowie diese zu diskutieren. Der Standort stelle zugleich ein Stück aktiver Quartiersentwicklung dar und bietet eine Plattform für das Thema der Zukunft, die Digitalisierung. Hier könne die Bevölkerung mit auf die Reise in die Zukunft genommen werden.

Herr Fusarelli erläutert die Idee des „Hauses der Wissenschaft“ als offene Dialogplattform mit einem breiten Zielgruppenangebot für alle Bevölkerungsschichten. Gleichzeitig solle es ein dynamischer Netzwerkknotenpunkt für alle Akteure der Stadtgesellschaft werden. Bereits vorhandene Aktivitäten sollen dort gebündelt und neue Projekte durchgeführt werden. Grundsätzlich werde es im „Haus der Wissenschaft“ feste Bausteine und eine feste Infrastruktur geben müssen. In Abstimmung mit der Universität und der Fachhochschule sei bereits ein erstes hypothetisches Jahresprogramm erstellt worden, aufgeteilt in die drei Säulen „Interdisziplinäre Themenzyklen“, „Feste Bausteine“ und „Sonstiges“.

Frau Fischer berichtet von den Überlegungen zu den „Interdisziplinären Themenzyklen“. Gemeint seien Ausstellungen, die aktuelle Fragestellungen oder lokale Probleme aufgreifen sollen. Die entsprechende Konzeption und Organisation solle in Anlehnung an die „Geniale“ erfolgen. Als zweiter fester Baustein sei ein sogenanntes Reallabor geplant, eine neue Form der Kooperation zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei der das gegenseitige Lernen in einem experimentellen Umfeld im Vordergrund stehe. Teil dieses Reallabors solle ein sogenanntes FabLab werden. Dies ermögliche eine niederschwellige, spielerische Heranführung an digitale Produktionstechnologien.

Herr Knabenreich führt aus, dass zur Finanzierung der angestrebten Projekte, Ausstellungen und Maßnahmen Fördermittel vom Land, vom

Bund, der Europäischen Union und privaten Sponsoren akquiriert werden sollen. Fördermittel seien jedoch immer zeitlich begrenzt, in der Regel zweckgebunden und setzten einen Eigenanteil der Antragsteller voraus. Darüber hinaus sei für den Förderrahmen immer ein bereits existierendes Förderobjekt „Haus der Wissenschaft“ erforderlich, um diese Förderanträge stellen, begleiten und letztlich abrechnen zu können. Es bedürfe daher einer dauerhaften Projektleitung und Infrastruktur, deren Kosten weitgehend unabhängig von der Größe des Hauses seien. Nach Schätzungen würden sich diese Kosten in der Größenordnung kleiner bis mittlerer Stadtmuseen bewegen und je zu einem Drittel für Personal, Miete und Projektkosten anfallen. Das „Haus der Wissenschaft“ werde ein erster zentraler Baustein für das Zukunftsthema „Wissenschaftsstadt“ sein und dies für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar und akzeptabel machen. Es werde ein erster Anlaufpunkt für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Referenten sein. Aus Sicht der Wissenschaft und der wissenschaftsinteressierten Stadtbevölkerung stelle sich die Frage nach der Ernsthaftigkeit in Politik und Verwaltung zur Umsetzung. Herr Knabenreich bittet daher um die Beauftragung zur Erstellung eines Betriebskonzeptes für ein „Haus der Wissenschaft“.

Herr Oberbürgermeister Clausen erinnert an das Problem der Sanierung des Gebäudes der ehemaligen Stadtbibliothek an der Wilhelmstraße. Perspektivisch werde eine Sanierung nur mit Hilfe von Fördermitteln der Städtebauförderung zu einem bezahlbaren Mietpreis führen. Die eingeplante Summe von einer Million Euro gefährde nach aktueller Einschätzung nicht die Genehmigungen der Haushalte für die Jahre bis 2022. Die Summe werde in der Mittelfristplanung berücksichtigt.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) resümiert, dass der Wunsch nach einem Haus der Wissenschaft durchaus ernst gemeint sei, die Bindung derartiger Beträge ohne ein vorliegendes Konzept jedoch nicht angemessen erscheine. Angesichts der zentralen Lage und unterschiedlichster Angebote in der Universität habe sie Zweifel an der Notwendigkeit eines „Hauses der Wissenschaft“. Um alle Erfordernisse und Kosten für ein „Haus der Wissenschaft“ prüfen zu können, seien mindestens ein Konzept und die genaue Kenntnis der damit verbundenen Bedarfe erforderlich.

Frau Becker (BfB) fragt, ob das vorgestellte Konzept in Bezug auf den Umfang der vorhandenen Räumlichkeiten in der Wilhelmstraße zu realisieren sei. Wichtig sei auch die Trägerschaft der GmbH. In anderen Kommunen sei es durchaus üblich, im Gesellschaftsvertrag eine bestimmte Summe für den laufenden Betrieb als Verpflichtung für jeden Gesellschafter zu benennen. Diesbezügliche fehlten Angaben, was die Universität beitragen werde, wieviel Personal benötigt würde und welche technische Ausstattung erforderlich sei. Ein „Haus der Wissenschaft“ sei in der aktuellen Situation sehr sinnvoll, aber nur mit einem durchdachten Konzept, dessen Finanzierung nicht allein von der Stadt Bielefeld getragen werden dürfe.

Frau Dr. Esdar (SPD) dankt für die Präsentation und wünscht sich eine einmütige Entscheidung für das Gesamtkonzept Wissenschaftsstadt. Zur Frage nach der Notwendigkeit eines „Hauses der

Wissenschaft“ neben den bereits bestehenden Angeboten der Universität verweist sie auf die Bedeutung der Quartiersentwicklung am Standort Wilhelmstraße. Für Bürgerinnen und Bürger ohne eigene Kontakte zur Universität sei ein zentrales Angebot in der Stadt die Voraussetzung zur Nutzung. Es sei ein guter Weg, über die Vorlage zum Ausbau der Projektkonzeption auch Antworten auf die bisher gestellten Fragen zu geben.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt für seine Fraktion, das Angebot von Herrn Knabenreich zu einer intensiveren Vorstellung der bisherigen Planungen annehmen zu wollen. Unabhängig vom vorliegenden „Letter of intent“ stellt er die Frage, inwieweit die Universität und die Fachhochschule sich auch finanziell an einem geplanten „Haus der Wissenschaft“ beteiligen würden. Auch zu einer dauerhaften finanziellen Beteiligung weiterer Sponsoren bittet er um Auskunft. Letztlich fragt er nach dem Zwang, nur mit einem Gesamtkonzept „Haus der Wissenschaft“ zu starten oder ob es auch die Möglichkeit für den Beginn mit einzelnen Angeboten gebe.

Herr Helling (CDU) sieht einen erheblichen Diskussionsbedarf allein nach den bisher aufgeworfenen Fragen. Eine Teilsanierung als erster Schritt komme bedingt durch die Gesamtsituation des Gebäudes definitiv nicht in Betracht. Es müsse demnach im Vorfeld die Finanzierung gesichert sein und im zweiten Schritt eine tragfähige und auskömmliche Konzeption für den Betrieb der Einrichtung vorliegen. Ein „Haus der Wissenschaft“ werde auch über die Stadtgrenzen hinaus ein Publikumsmagnet sein. Auch Herr Helling nimmt das Angebot weiterer Informationen durch Herrn Knabenreich für seine Fraktion an.

Frau Schmidt (Die Linke) resümiert, dass noch viele Fragen offen seien und bedauert den vor Jahren erfolgten Verkauf des Gebäudes. Die Präsentation habe jedoch deutlich gemacht, dass eine Realisierung des „Hauses der Wissenschaft“ keinesfalls ohne Städtebaufördermittel erfolgen könne. An Herrn Knabenreich richtet sie die Bitte um weitere Informationen in ihrer Fraktion.

Herr Heißenberg (Bürgernähe/Piraten) schließt sich den Aussagen seiner Vorredner an. Nach der langen Zeit der Konsolidierung sei es erfreulich, nun für die Zukunft planen zu können. Auch er bittet Herrn Knabenreich um weitergehende Informationen auf Einladung seiner Gruppe.

Herr Knabenreich bestätigt, dass es bereits ein Raum- und Personalkonzept sowie einen Personalschlüssel als These gebe. Die Bielefeld Marketing sei bereits mit Personal und know how in Vorleistung getreten und daher sei nun ein Mandat erforderlich, um die weitere Arbeit auf eine solide Grundlage zu stellen. Alle Planungen und Gespräche mit diversen Personen und Gruppen führten letztlich immer zur Frage nach einem Mandat und einer Beteiligung durch die Stadt Bielefeld. Ein stufenweises Vorgehen in Bezug auf die Renovierung sei bedingt durch die Bausubstanz nicht möglich. In Bezug auf geplante Angebote sei ein stufenweiser Beginn denkbar.

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf den in das

Ratsinformationssystem eingestellten „Letter of intent“. Der darin benannte Vorbehalt, dass die eingebrachten Sach- und Personalkosten in der Verantwortlichkeit der jeweiligen Institutionen verbleiben, sei legitim. Entscheidend sei die Zusage zur Entwicklung einer Partnerschaft mit der Universität und der Fachhochschule. Dies erfordere nun die Willenserklärung seitens der Politik.

*Hinweis: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 5 Es liegen keine Anträge vor**

---

**Zu Punkt 6 Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums durch die Klinikum Bielefeld gem. GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4771/2014-2020

Frau Wahl-Schwentker (FDP) bemängelt die nicht exakte Begrenzung auf Tätigkeitsfelder des Versorgungszentrums. Dies sei für eine Gesellschaft mit 200.000,00 € Stammkapital zu undefiniert.

Herr Stadtkämmerer Kaschel erklärt dies als übliche Formulierung in Gesellschaftsverträgen, um die Option zu erhalten, Geschäftsfelder zu erweitern, ohne jeweils den Gesellschaftsvertrag ändern zu müssen. Eine Erweiterung werde bei Bedarf durch die politischen Gremien beauftragt.

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Gründung der Gesellschaft „Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Bielefeld GmbH“ mit einem Stammkapital in Höhe von 200.000 € als 100%ige Tochtergesellschaft der Klinikum Bielefeld gem. GmbH zu.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt dem als Anlage beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages der „Medizinisches

**Versorgungszentrum am Klinikum Bielefeld GmbH“ zu.**

- 3. Als Gesellschaftervertreter der Klinikum Bielefeld gem. GmbH in der Gesellschafterversammlung der „Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Bielefeld GmbH“ wird Herr Michael Ackermann als Geschäftsführer der Klinikum Bielefeld gem. GmbH ab Gründung der Gesellschaft gem. § 7 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages bestellt.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Anzeigeverfahren nach § 115 GO NRW bei der Bezirksregierung einzuleiten.**
- 5. Die Beschlussfassungen 1. bis 4. stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Detmold.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen –

---

**Zu Punkt 7**

**Konversion der von den britischen Streitkräften genutzten Liegenschaften in Bielefeld hier: Runder Tisch Konversion**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 4843/2014-2020

Drucksachennummer: 4947/2014-2020 (Antrag der Fraktion Die Linke)

Drucksachennummer: 4963/2014-2020 (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen und der Gruppe Bürgernähe/Piraten)

Frau Schmidt (Die Linke) resümiert die bisherige Arbeit in Sachen Konversion als offenen, transparenten Beteiligungsprozess. Die bewusste Extraktion eines Wohngebietes sei jedoch kein Ergebnis der bisherigen Diskussionen und so nicht zu akzeptieren. Neben dem eigenen Änderungsantrag liege auch ein Änderungsantrag der Koalition vor. Da dieser exakter formuliert sei, wolle Frau Schmidt den Antrag ihrer Fraktion zurückziehen und den Antrag der Koalition unterstützen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) sieht einzig in Punkt 2 der Vorlage einen Dissens. Der Runde Tische sei eine Bereicherung für den Prozess mit seiner Bündelung unterschiedlichster Interessen und Kenntnisse. Daher solle er sich auch mit allen Wohnstandorten befassen. Darüber hinaus blieben die Rechte der Bezirksvertretung unberührt und das Erstzugriffsrecht der Stadt Bielefeld gewährleistet.

Herr Helling (CDU) zweifelt an der Sinnhaftigkeit, alle Wohnstandorte z.B. auch in Brackwede, nochmals zur Disposition zu stellen. Der Entscheidungsprozess aller beteiligten Gremien verbräuche dann zu viel Zeit, die angesichts der Bedarfe in Bielefeld nicht zur Verfügung stehe. Die

Wohnstandorte seien nicht das Problem. Die CDU-Fraktion sei bereit gewesen, die Verwaltungsvorlage als Konzept zu beschließen. Sollte dies nun noch verändert werden, könne seine Fraktion sich nicht mehr daran beteiligen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) wertet den Runden Tisch auch als Einfallstor verschiedenster Ideologien. Angesichts des aktuellen großen Wohnraumbedarfes und der vorgesehenen Bürgerbeteiligung sei eine erneute Befassung aller Wohnstandorte nicht angezeigt.

Herr Heißenberg (Bürgernähe/Piraten) sieht im Änderungsantrag einen Kompromiss, um alle Anforderungen angemessen zu berücksichtigen. Er habe volles Vertrauen in die begleitende Kompetenz der Fachverwaltung und bittet alle Beteiligten, sich einem gemeinsamen Planungsprozess wieder anzuschließen.

Frau Becker (BfB) sieht den bisherigen Konversionsprozess als zeitintensives Wechselspiel zwischen Politik und Verwaltung. Die Vorlage beinhalte nicht die abgestimmte Planung zur Verwendung oder Umgestaltung der vorhandenen Objekte, sondern das Ergebnis eines zähen Ringens, wer in welcher Form beteiligt werden solle. Und selbst dazu gebe es nun Änderungsanträge. Die für die Arbeit des „Runden Tisches“ benannten Themenfelder seien in der Fachverwaltung kompetent vorhanden und sollten dort auch genutzt werden. Aufgabe der Politik sei die Vorgabe der Ziele, Aufgabe der Verwaltung deren Umsetzung. Die vor Jahren erfolgte Umgestaltung der Harrogate Kaserne sei ein gelungenes Beispiel für die kurzfristige Entwicklung eines neuen Wohnkonzeptes gewesen. Die aktuellen Aktivitäten im Rahmen des „Runden Tisches“ blieben weit dahinter zurück und blockierten wichtige städtebauliche Entwicklungen.

Herr Beigeordneter Moss erläutert die Historie mit der finalen Zuständigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses für die Konversion. Auf Wunsch der Politik sei der „Runde Tisch“ gebildet worden, ohne die Entscheidungskompetenz dort zu verankern. Zwischen dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss und dem Runden Tisch sei ein Steuerungskreis Konversion installiert worden. Die Ergebnisse einer Öffentlichkeitsbeteiligung am 15.02.2017 habe der Steuerungskreis in zwei Sitzungen diskutiert und eine Empfehlung abgeben, die in der Verwaltungsvorlage nun zur Beschlussfassung vorliege. Diese Beschlussfassung solle nun durch politische Anträge verändert werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen reduziert die Diskussion auf die Frage der größeren Einflussnahme durch die Bezirksvertretungen oder den „Runden Tisch“. Er berichtet von seinem Gespräch mit dem Chef der Bundesagentur für Immobilienaufgaben (BIMA), der geraten habe, möglichst frühzeitig Gespräche mit der BIMA aufzunehmen. Dies nehme der Antrag der Koalition in Form von Konversionsverabredungen mit der BIMA auf. Die zur Verfügung stehende Zeit bis zum Abzug der britischen Streitkräfte im Jahr 2019 ermögliche den Versuch, die lokale Kompetenz der Bezirksvertretungen und die fachliche Kompetenz des „Runden Tisches“ einzubinden. Er appelliert an alle Fraktionen, sich daran zu beteiligen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) erkennt keine ideologischen Absichten im vorliegenden Änderungsantrag. Dieser nehme lediglich die immer in der Diskussion gestandene Gesamtheit aller Wohnstandorte auf. Er zitiert aus dem Protokoll des Steuerungskreises eine Aussage von Herrn Dodenhoff (Bauamt), demnach die Kasernen- und Wohnstandorte im Kontext der Stadtentwicklung teilweise schwierig zu trennen seien. Er bittet die CDU-Fraktion, sich auch weiterhin am Verfahren zu beteiligen.

Herr Beigeordneter Moss relativiert die zitierte Aussage von Herrn Dodenhoff in Bezug auf den räumlichen engen Zusammenhang von Wohn- und Kasernenstandorten. Zu beachten sei aber auch die Sorge der Bewohner/-innen, die Entwicklung ihres Quartieres nicht mehr beeinflussen zu können.

Da der Antrag der Fraktion Die Linke von Frau Schmidt zurückgezogen wurde, erfolgt nun die

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Bürgernähe /Piraten und Die Linke vom 31.05.2017:

1. Den Empfehlungen der Steuerungsgruppe Konversion zur Struktur und Arbeitsweise des Runden Tisches Konversion wird zu den Punkten 1, 3, 4, 5 und 6 zugestimmt.
2. Der Punkt 2 erhält folgende neue Fassung:

Der Runde Tisch soll sich mit den Kasernen und den Wohnstandorten befassen. Die Empfehlungen des Runden Tisches zu den Wohnstandorten werden an die jeweils zuständige Bezirksvertretung adressiert, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit Empfehlungen an den StEA formuliert.

Vor dem Hintergrund des deutlichen Wohnraumbedarfes in der Stadt Bielefeld soll die „Erstzugriffsoption“ durch die Stadt Bielefeld oder ein mehrheitlich von der Stadt beherrschtes Unternehmen – sofern wirtschaftlich und städtebaulich darstellbar – ausgeübt werden. Mit der BlmA soll eine Konversionsvereinbarung getroffen werden, um die kommunalen wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Ziele im Konversionsprozess gemeinsam umzusetzen.

-mit Mehrheit beschlossen-

Auf Grundlage des geänderten Beschlussvorschlages fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss sodann folgenden

**Beschluss:**

- 1. Den Empfehlungen der Steuerungsgruppe Konversion zur Struktur und Arbeitsweise des Runden Tisches Konversion**

wird zu den Punkten 1, 3, 4, 5 und 6 zugestimmt.

2. Der Runde Tisch soll sich mit den Kasernen und den Wohnstandorten befassen. Die Empfehlungen des Rundes Tisches zu den Wohnstandorten werden an die jeweils zuständige Bezirksvertretung adressiert, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit Empfehlungen an den StEA formuliert. Vor dem Hintergrund des deutlichen Wohnraumbedarfes in der Stadt Bielefeld soll die „Erstzugriffsoption“ durch die Stadt Bielefeld oder ein mehrheitlich von der Stadt beherrschtes Unternehmen – sofern wirtschaftlich und städtebaulich darstellbar – ausgeübt werden. Mit der BlmA soll eine Konversionsvereinbarung getroffen werden, um die kommunalen wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Ziele im Konversionsprozess gemeinsam umzusetzen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

---

## Zu Punkt 8

### **Erhöhung der Anteile der WestfalenBahn GmbH an der Verkehrsverbund Region Braunschweig mbH (VRB)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4773/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:**

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Erhöhung der Beteiligung der WestfalenBahn GmbH an der Verkehrsverbund Region Braunschweig mbH (VRB) mit Geschäftsanteilen in Höhe von 453 € von 800 € auf 1.253 € zu.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt den als Anlage beigefügten geänderten Gesellschaftsvertrag der VRB zur Kenntnis.

**Die Beschlussfassung steht unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 9****Bericht zu ausgewählten Tätigkeiten der  
Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4885/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen fasst aus dem Bericht zusammen, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 15.100 Menschen so hoch wie nie zuvor sei. Auch der Anstieg der Studierenden in der Stadt sei im Hinblick auf den Wissenschaftsstandort Bielefeld sehr erfreulich. Es gebe neue Dienstleistungsangebote in Form eines Gewerbeflächeninformationssystems und eines Gewerbeimmobilienportals. Für den Breitbandausbau stünden 15,8 Millionen Euro bereit. Bei steigenden Bedarfen würden sich aber auch die Förderrahmen ändern und so sollen auch zukünftig weitere Mittel beantragt und abgerufen werden. Einen besonderen Dank richtet er an Herrn Baudezernenten Moss als Geschäftsführer der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH (WEGE). Die Unterstützung durch die WEGE werde von den Unternehmen positiv bewertet. Dank und Wertschätzung adressiert Herr Oberbürgermeister Clausen daher auch an die Unternehmen, die Arbeitsplätze in der Stadt vorhalten und Gewerbesteuer entrichten.

*Der Vortrag von Herrn Hardieck soll aus Zeitgründen auf Vorschlag von Herrn Beigeordnetem Moss mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeister Clausen in der nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 06.07.2017 präsentiert werden.*

Herr Beigeordneter Moss berichtet vom Verkauf des letzten Areals im Gewerbegebiet „Niedermeyers Hof“ und dem Ausverkauf des Interkommunalen Gewerbegebietes (Gewerbepark OWL). Dies sei zugleich erfreulich wie erschreckend, da weitere Flächen ohne weiteres nicht vorgehalten werden können. Herr Moss bittet um politische und finanzielle Unterstützung, um Flächen für Gewerbebezüge ankaufen und entwickeln zu können. Die bezogen auf die Höhe der erzielten Gewerbesteuereinnahmen positive Bilanz werde sich verändern und darauf müsse sich die Gewerbeflächenentwicklung einstellen. Ausführliche Informationen und Vorschläge sollen in der nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses vorgestellt werden.

Herr Helling (CDU) benennt als ein Problem der Gewerbeflächenangebote die Notwendigkeit von Ausgleichsflächen für die Landwirtschaft. Eine mögliche städtische Ausgleichsfläche könne der Schelphof sein. Ohne eine Diskussion dieser Möglichkeit zur Weiterentwicklung des Gewerbeparkes OWL solle von einer Anschlussverpachtung des Schelphofes Abstand genommen werden. Herr Helling erklärt für die CDU-Fraktion den Wunsch, den Gewerbepark OWL weiter entwickeln zu

wollen.

Herr Sternbacher (SPD) wertet die Institution WEGE als Ergebnis gemeinsamer politischer Entscheidungen und dankt für die bisher geleistete Arbeit.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass eine Flächengenerierung zur Gewerbeentwicklung immer sehr sorgfältig erfolgen müsse. Speziell in Bezug auf den Verbrauch für Parkflächen müsse deutlich auch die spätere Art der Bebauung geprüft werden. Insgesamt sei Bielefeld als Großstadt im überwiegend ländlichen Raum gut aufgestellt.

Frau Becker (BfB) macht deutlich, dass Bielefeld mit 80 % Grünflächen schon immer eine Stadt im Grünen gewesen sei. Sie dankt für den Bericht und hebt besonders die Neugründung der Founders Foundation gGmbH hervor, für die es aktuell auch Fördermittel gebe.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) dankt für den Bericht und die Arbeit der WEGE. Sie vertritt die Auffassung, dass in Bezug auf Gewerbeflächen die Situation dramatisch schlecht sei. Zur Äußerung von Herrn Julkowski-Keppler in Bezug auf den Flächenverbrauch für den Parkplatzbau, sehe sie keinen Anlass, mit derartiger Argumentation die dringend erforderliche Gewerbeflächenentwicklung zu verhindern.

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.**

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **Organisationsuntersuchung im Feuerwehramt: Stellenmehrbedarfe in der Leitstelle und im Werkstattdienst**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4858/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert die Vorlage als Ergebnis der Organisationsuntersuchung im Feuerwehramt mit Stellenmehrbedarfen in der Leitstelle und im Werkstattdienst.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) bemängelt den fehlenden Deckungsvorschlag für die neu zu schaffenden 8,5 Stellen.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel erläutert die Zuordnung der überwiegenden Leitstellentätigkeit zu den Rettungsdienstgebühren. Die 8,5 Mehrstellen würden sich dort wiederfinden und insofern nicht den Haushalt belasten. Der Anteil für den Brandschutz, der aus dem städtischen Haushalt in der Leitstelle zu gewährleisten sei, werde aus den 5 Stellen aus dem Einsatzdienst gedeckt. Für die Schaffung einer Stelle Leitung der Atemschutzwerkstatt liege kein Deckungsvorschlag vor.

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beschließt die Berücksichtigung von zusätzlichen 8,5 Stellen in der Leitstelle und einer 1,0 Stelle im Werkstattdienst des Feuerwehramtes sowie den Wegfall von kw-Vermerken bei 3 Disponentenstellen im Stellenplan 2018. Im laufenden Jahr ist der Mehrbedarf in der Leitstelle bereits überplanmäßig bereitzustellen.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 11****Stand Breitbandausbau Stadt Bielefeld****Beratungsgrundlagen:**

Drucksachennummer: 4785/2014-2020

Drucksachennummer: 4948/2014-2020 (Antrag der FDP vom 30.05.2017)

Herr Beigeordneter Moss dankt Frau Opitz für die bisher geleistete erfolgreiche Arbeit. Über die Vorlage hinaus werde er im Stadtentwicklungsausschuss zu einem Termin mit der Deutschen Telekom berichten. Die Versorgungsunternehmen würden verstärkt eigenwirtschaftlich tätig, was perspektivisch die Förderanträge der Stadt gefährden könne.

Frau Schmidt (Die Linke) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen in die nächste Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses zu vertagen.

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

Die Vorlage 4785/2014-2020 wird in der nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorgestellt.

- mit Mehrheit abgelehnt –

Frau Wahl-Schwentker (FDP) begründet den Änderungsantrag mit dem weiterhin erforderlichen Breitbandausbau, der perspektivisch dann auf bereits vorhandene Leerrohre zurückgreifen könne.

Herr Beigeordneter Moss erläutert, zum jetzigen Zeitpunkt aus Sicht der Fachverwaltung keine Einschätzung abgeben zu können, da noch keine Erkenntnisse zur Nutzung der Leerrohre durch die Versorgungsunternehmen vorlägen. Den Vorschlag der FDP im Änderungsantrag wolle er für die Fachverwaltung aufnehmen, mit den Versorgungsunternehmen abstimmen und im Anschluss in den Fachgremien beraten lassen.

Herr Lufen (SPD) richtet an Frau Wahl-Schwentker die Bitte, den Änderungsantrag hier zurück zu ziehen, um ihn im Stadtentwicklungsausschuss fachlich beraten zu können.

Herr Nettelstroth (CDU) bittet im Rahmen der fachlichen Prüfung auch zu klären, ob dieser Antrag überhaupt erforderlich sei. Nach Informationen seiner Fraktion gebe es bereits nach Bundesrecht die Verpflichtung, Leerrohre zu verlegen. Nach Vorlage der Prüfungsergebnisse der Verwaltung könne dann in der nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen erinnert an die angekündigte Befassung im Stadtentwicklungsausschuss und bittet Frau Wahl-Schwentker um Zustimmung, auch den Änderungsantrag dort zu beraten.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) berichtet von ihrer Wahrnehmung, dass offensichtlich in Bielefeld die Bundesregelung nicht umgesetzt würde. Sie möchte den Änderungsantrag daher weiterhin im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beraten.

Herr Oberbürgermeister Clausen resümiert, dass sich nach der Beratung im Stadtentwicklungsausschuss dann erneut der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss mit dem Änderungsantrag befassen werde.

Frau Bürgermeisterin Schrader erläutert, dass bereits vor 30 Jahren im Rahmen der Planung von Bauvorhaben die zusätzliche Verlegung von Leerrohren berücksichtigt worden sei. Bereits heute könne in vielen Bereichen der Stadt darauf zugegriffen werden.

**-Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen. –**

**-Nach der Beratung im Stadtentwicklungsausschuss wird der Antrag der FDP erneut im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss aufgegriffen.**

-.-.-

-.-.-

*Herr Oberbürgermeister Clausen gibt den Vorsitz an Herrn Nettelstroth ab.*

-.-.-

**Zu Punkt 12      Jahresabschluss 2016: Entlastung der Organe der Sparkasse Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4817/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt den Jahresabschluss 2016 mit Bestätigungsvermerk des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe und den Lagebericht 2016 der Sparkasse Bielefeld für das Geschäftsjahr 2016 zustimmend zur Kenntnis.**
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld erteilt dem Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld sowie dem Vorstand der Sparkasse Bielefeld gemäß § 8 Abs. 2 f des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SpkG NRW) Entlastung.**

- einstimmig beschlossen -

Gemäß § 31 GO NRW haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen:

Herr Oberbürgermeister Clausen, Herr Henrichsmeier, Frau Keppler, Herr Lufen, Herr Prof. Dr. Öztürk, Herr Rees, Frau Schmidt, Herr Sternbacher, sowie Herr Weber.

-.-.-

-.-.-

*Herr Oberbürgermeister Clausen übernimmt den Vorsitz von Herrn Nettelstroth.*

-.-.-

**Zu Punkt 13**

**Verwendung des Jahresüberschusses 2016 der Sparkasse Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4818/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:**

1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt den Jahresabschluss 2016 mit Bestätigungsvermerk des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe und den Lagebericht 2016 der Sparkasse Bielefeld für das Geschäftsjahr 2016 zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt gemäß § 8 Abs. 2g i.V. mit § 25 SpkG NRW auf Vorschlag des Verwaltungsrates, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 5.376.002,38 € wie folgt zu verwenden:

Unter Berücksichtigung der Kapitalertragsteuer in Höhe von 356.400,36 € und des Solidaritätszuschlages in Höhe von 19.602,02 € werden 2.000.000,00 € an den städtischen Haushalt ausgeschüttet.

Der verbleibende Betrag in Höhe von 3.000.000,00 € wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 14**      **Haushalts- und Stellenplan 2018 für das Büro Oberbürgermeister**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4878/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 15**      **Haushalts- und Stellenplan 2018 für das Büro des Rates**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4853/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 16**      **Haushalts- und Stellenplanentwurf 2018 für die Gleichstellungsstelle - Frauenbüro**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4837/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 17**      **Beratung des Haushaltsplan- und Stellenplanentwurfes 2018 für das Presseamt/Statistikstelle**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 4860/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 18**      **Beratung des Haushaltsplan- und Stellenplanentwurfs 2018 für das Rechnungsprüfungsamt**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 4841/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 19**      **Haushalts- und Stellenplan 2018 für das Kommunale Integrationszentrum**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 4875/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 20**      **Haushalts- und Stellenplan 2018 für das Rechtsamt und den Bürgerausschuss**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 4873/2014-2020

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

---

**Zu Punkt 21**      **Haushaltsplan 2018 ff. für die Produktgruppen des Bereiches Konzerncontrolling**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 4825/2014-2020

Herr Helling (CDU) meldet Vorbehalte seiner Fraktion zur Mittelkürzung bei

der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH (WEGE) an. Im zweiten Jahr in Folge würden nur 1,035 Millionen Euro an die WEGE gezahlt. Um den Kapitalverzehr bei der WEGE aufzufangen, seien jedoch 1,25 Millionen Euro erforderlich.

**Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

-.-.-

**Zu Punkt 22**

**Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2018 für das Bürgeramt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4824/2014-2020

Herr Helling (CDU) erklärt für seine Fraktion wegen der im Jahr 2017 vollzogenen und für das Jahr 2018 fortgeschriebenen Einsparungen im Bürgerservice dem Haushalt- und Stellenplanentwurf des Bürgeramtes nicht zustimmen zu wollen.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus kündigt eine Nachtragsvorlage zum Haushalts- und Stellenplanentwurf 2018 für das Bürgeramt an. Ergänzt werden sollen zum Abschnitt 4 (Überplanmäßiger Personalbedarf) der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) zwei befristete Projekte mit insgesamt sechs befristeten Stellen im Bereich Förderung der freiwilligen Ausreise in den Westbalkan und Dublin-Projekt.

**Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

-.-.-

**Zu Punkt 23**

**Haushalts- und Stellenplanvorlage 2018 für das Ordnungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4856/2014-2020

**Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

-.-.-

**Zu Punkt 24**

**Beratung des Haushaltsplan- und Stellenplanentwurfs 2018 für das Feuerwehramt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4665/2014-2020

**Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

-.-.-

**Zu Punkt 25      Flughafen Bielefeld - Flugzeiten -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4857/2014-2020

Drucksachennummer: 5063/2014-2020

Frau Schmidt (Die Linke) begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Die Ausweitung der Flugzeiten sei abzulehnen und eine Ausstiegsplanung für den Verkehrslandeplatz Windelsbleiche zu entwickeln. Ein Verkehrslandeplatz sei in einem Wohngebiet nicht angemessen. Dazu sei eine deutliche Positionierung der politischen Gremien erforderlich.

Frau Becker (BfB) erinnert an das Gespräch der Flughafengesellschaft mit den Fraktionen. Die bestehende Begrenzung der Betriebszeiten sei für den Flugbetrieb von großem Nachteil und die Notwendigkeit der angestrebten Änderung daher nachvollziehbar. Angestrebt werde keine Vertragsänderung, sondern ein jährliches Kontingent für Ausnahmen von der bisherigen Regelung. Der Brief der Bürgerinitiative lasse eine sachliche Diskussion vermissen und Zweifel an der Kompetenz von Herrn Reckmann zur Vertretung aller Mitglieder der Bürgerinitiative aufkommen. Ihre Fraktion wolle das Schallgutachten sowie die anstehende Entscheidung der Luftfahrtbehörde abwarten und stehe der angestrebten Ausnahmeregelung positiv gegenüber.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) signalisiert die Kenntnisnahme seiner Fraktion zur Informationsvorlage und meldet Beratungsbedarf zum Antrag der Fraktion Die Linke an.

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.**

**Der Antrag der Fraktion Die Linke wird vertagt.**

---

---

Clausen  
(Oberbürgermeister)  
(Vorsitz außer TOP)

---

Nettelstroth  
(Vorsitz zu TOP 12)

---

Grewel  
(Schriftführung)

